



Niederschrift

7. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Februar 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

33.

Punkt 30 der Tagesordnung: Zentrale Anlaufstelle Migration-Integration

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2020/0045

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 30 zur Behandlung auf.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Karlsruhe ist wie viele andere Städte gekennzeichnet durch eine immer vielfältiger werdende Einwohnerschaft mit Migrations- und Fluchtgeschichte. Um dies als Entwicklungschance begreifen zu können, sehen wir GRÜNEN Integration als kommunale Gemeinschaftsaufgabe. Kommunen spielen eine zentrale Rolle, wenn es um die Gestaltung von Integration vor Ort geht.

Um neu Zugewanderten eine schnelle Integration zu ermöglichen, braucht es gut funktionierende Willkommensstrukturen. In Karlsruhe existieren bereits viele Angebote zu den Themen Sprache, Bildung, Arbeit und Freizeit. Um Teilhabechancen nutzen zu können, müssen die entsprechenden Informationen auch rasch verfügbar sein. Mit der Homepage des Bündnisses AniKA-Ankommen in Karlsruhe, ist digital ein guter Überblick in die Angebotslandschaft geschaffen worden. Als weiterer Bestandteil der Willkommensstruktur muss jedoch zusätzlich ein sichtbarer leicht zugänglicher und im Stadtbild präsenter Ort geschaffen werden. Wir brauchen eine zentrale Anlaufstelle, in der möglichst viele integrationsspezifische Bedarfe über eine Strategie der kurzen Wege abgedeckt werden können, von aufenthaltsrechtlichen Fragen bis zu Begegnungsmöglichkeiten. Eine besondere Rolle in dem koordinierten Prozess der Integration spielt auch die Ausländerbehörde. Gerade

angesichts ihrer zunehmenden Aufgaben und der sich ständig ändernden rechtliche Bestimmungen, steht sie vor großen Herausforderungen. Die Ausländerbehörde soll auf dem Weg zu einer service- und kundenorientierten Willkommensbehörde unterstützt und aktiv in die kommunale Integrationspolitik eingebunden werden. Diese Einbindung beziehungsweise die Vernetzung integrationsrelevanter Akteure und Akteurinnen ist in Freiburg mit dem 2016 geschaffenen Amt für Migration und Integration gut gelungen. Einen entsprechenden Karlsruher Weg deutet die Stellungnahme der Verwaltung an, die wir sehr begrüßen. Offen bleibt, wie und vor allem an welchem Ort integrationsspezifische Angebote verschiedener Ämter unter einem Dach etabliert werden können. Zur Klärung dieser Fragen bedarf es auch im Zusammenhang mit dem IQ-Projekt Städtischer Service-Zentrum eines intensiven Austausches auf der Fachebene.

Für uns GRÜNE bleibt wichtig, nur durch eine innovative und konstruktive Zusammenarbeit zum Nutzen der Beteiligten wird Integration als Querschnittsaufgabe in einem weltoffenen und solidarischen Karlsruhe gelingen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir sehen in der Antwort der Verwaltung schon hinreichend die Ausführung, dass ein Gesamtkonzept entwickelt wird und bereits Vorarbeiten geleistet werden. Das ist auch völlig richtig so und wird dem Thema auch gerecht. Es macht Sinn, verschiedene Ämter und Behörden, die sich bereits mit der Thematik befassen, zusammenzufassen, das gibt auch Synergieeffekte. Es hilft auch sicherlich den Migrantinnen und Migranten, wenn sie eine zentrale Anlaufstelle haben, an die sie sich wenden können. Für uns wären Projekte wie AniKA wichtig, aber auch beim KIT gibt es entsprechende Welcome-Center und in anderen Bereichen der Hochschulen, der Wirtschaft und der Industrie- und Handelskammer. Wenn man dann mit den verschiedenen Beteiligten gemeinsam einen Weg findet, kann es ein sehr gelungenes Welcome-Center werden.

Stadtrat Zeh (SPD): Wir haben letztes Jahr mit dem fortgeschriebenen Integrationsplan schon deutliche Schritte in diese Richtung gemacht, sicherlich müssen wir alle positiven Ansätze und best practice, wie im Freiburger Beispiel, weiterverfolgen. Man wird sehen, was wir hier machen können. Wir sehen aber auch, dass es sehr unterschiedliche Wege zur Migration in Karlsruhe gibt. Angefangen beim Studenten, der am KIT anfängt, über den gutbezahlten Ingenieurfacharbeiter, der von einer großen Firma angeworben wurde und dort anfängt, über die Arbeitsmigranten, die vielleicht aus irgendeinem Balkanland kommen und den Flüchtlingen, die aus Syrien kommen. Es gibt sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Ein kritischer Punkt, den wir sehen und über den auch viele darüber stolpern, ist der Wohnungsmarkt. Das ist jetzt hier nicht aufgeführt, obwohl wir mit der Volkswohnung einen sehr großen Arbeitgeber haben, aber das ist eine Sache. Natürlich müssen wir versuchen, möglichst viele Kompetenzen zu bündeln und sicherlich ist das Internet ein gutes Portal, man kann auch vieles besser machen.

In dem Sinne sind wir auf dem richtigen Weg. Wir werden alle positiven Möglichkeiten auch weiterhin unterstützen.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch wir sehen den Antrag als gerechtfertigt an, eine zentrale Anlaufstelle, alles in einem Haus zu haben. Hier kann es Synergieeffekte geben, für Neubürger aber auch für die Verwaltung. Unsere Handwerkskammer bietet sowas schon sehr lange an, für

alle Gründer eine Anlaufstelle, wo alles kompetent gebündelt ist. Deswegen unterstützen wir den Antrag.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Zeh, in der Antwort der Verwaltung steht etwas über Wohnen, das wird anscheinend schon gemacht und ist aus Sicht meiner Fraktion auch gut so. Wir glauben auch, dass das mit einer gesteigerten Effizienz einhergeht. Wenn man beispielsweise in der Sprache derer, die zu uns kommen, reden kann, und die an einer Stelle ankommen, kann man sie besser betreuen und die Verwaltung kann insgesamt effektiver arbeiten. Dadurch wird sie auch an anderen Stellen entlastet. Deswegen glauben wir insgesamt gesehen, dass dadurch die Verwaltung effizienter arbeiten kann. Wir begrüßen es, dass die Verwaltung bereits Schritte unternommen hat, um eine Zentralisierung der Betreuung Zugewanderter vorzunehmen. Wir würden dem Antrag zustimmen.

Der Vorsitzende: Dann entwickeln wir unser Konzept weiter. Es geht vor allem darum, den Ort zu definieren, wo das sein soll. Da sind wir gerade in den letzten Abstimmungen, weil der erste Ort, den wir vorgesehen haben, sich als zu klein erwiesen hat. Wir würden Ihnen das, so schnell es geht, zur Kenntnis bringen, wenn Sie damit einverstanden wären.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
21. Februar 2020